

Leserbriefe

Ein einig Volk von Seebezirklern

«FDP-Kandidat Bourgeois spaltet die SVP» – FN vom 10. Februar

Wie schnell doch gewisse Vor-sätze und Absichtserklärun-gen wieder vergessen sind. Während fast eines ganzen Jahres wurde im Vorfeld der Staatsratswahlen verhandelt, vor allem aber gemeinsam be-dauert und beklagt, dass der Seebezirk doch wirklich von allen der am meisten vernach-lässigte sei: Endlich wieder ei-nen Staatsrat zu haben, sei dringend notwendig; der See-bezirk sei in den wirklich wichtigen politischen Gremien untervertreten. Trotzdem ist es mit der Seebezirks-Solidarität nicht weit her.

Dass eine bürgerliche Partei Bourgeois zur Wahl empfiehlt, das mag sich – wahrscheinlich nicht nur seines Namens we-gen – aufdrängen. Nachdenklich stimmt aber, dass gleich zwei prominente Vertreterin-nen aus dem Seebezirk diese Empfehlung unterstützen. Und dies im vollen Bewusst-sein, dass bei einer Wahl Lev-rats mit Ursula Schneider Schüttel eine Seebezirklerin in den Nationalrat und somit in ein wirklich wichtiges politi-sches Gremium nachrutschen würde. Mit Bezirks-Solidarität hat das sicher nichts zu tun.

Zum Schluss noch eine Fra-ge an eben diese Partei, die ja nicht müde wird, in den politi-schen Ämtern auf allen Ebe-nen eine Abbildung der Wäh-

lerinnen- und Wähleranteile zu fordern: Wäre das Freibur-ger Wahlvolk mit zwei bürger-lichen Ständeräten in irgend-einer Weise richtig repräsen-tiert? Die Antwort ist wohl schnell gegeben – und erst noch mit dem Lieblingswort der besagten Partei: Nein!

Hugo Raemy, SP-Grossrat, Murten

Drei Gründe für bürgerliche Wahl

Die Ständerats-Ersatzwahl vom 6. März ist eine politische Richtungswahl. Drei Gründe, warum ich bürgerlich wähle. Europäische Staaten erleben zurzeit eine staatspolitische und wirtschaftliche Krise. Warum? Einmal geht es um gi-gantische Staatsverschuldun-gen, die auf eine Politik der De-fizitwirtschaft mit immer höhe-ren Schulden- und Zinslasten zurückzuführen sind. Europa muss diesen überschuldeten Staaten mit 1000 Milliarden Euro unter die Arme greifen. Schuldenbremsen, Erhöhung des Rentenalters auf 65 oder 67, Kürzung staatlicher Leis-tungen und Steuererhöhungen sind die Folgen.

Was tut die SP Schweiz? Sie will unsere bewährte Schul-denbremse lockern und leistet so Vorschub für Defizit in den Staatsrechnungen und für Schulden, die den nächsten Generationen überlassen wer-den. Da sage ich Nein.

Des Weiteren ist Europa mit einer Wirtschaftskrise kon-frontiert, erschwert durch staatlich verordnete Höchstar-bitszeiten und Mindestferien.

Heute müssen diese Staaten trotz Sparmassnahmen die Wirtschaft ankurbeln und den mittelständischen Unterneh-men mehr Freiraum gewäh-ren. Frankreich muss die 25-Stunden-Woche lockern.

Was tut die SP Schweiz? Sie fordert sechs Wochen Mindestferien für alle und heizt damit die Wirtschaftskrise an. Sie gefährdet mittelständische Gewerbebetriebe und behin-dert deren Produktivität. Da sage ich Nein.

Schliesslich leidet unter der Krise der Arbeitsmarkt. In den europäischen Staaten herrscht eine Arbeitslosigkeit von zehn, zwanzig Prozent, und für Jugendliche gar von dreissig Prozent. Staatlich verordnete Lohnregulierungen und ar-beitsrechtliche Einschränkun-gen müssen gelockert werden, um Arbeitsplätze zu erhalten.

Was tut die SP Schweiz? Sie fordert einen gesetzlich veran-kerten Mindestlohn für alle, gefährdet dabei bestehende und verhindert die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Sie hebelt die Sozialpartnerschaft aus und erhöht die Arbeitslosig-keit. Da sage ich Nein.

Meine Schlussfolgerungen: Die bewährte Schuldenbremse muss erhalten bleiben. Die freie Marktwirtschaft allein för-dert das Wirtschaftswachstum. Nur ein freier Arbeitsmarkt schafft neue Arbeitsplätze. Deshalb trete ich ein für eine Politik der Mitte im Interesse eines gesunden Mittelstandes. Ich wähle deshalb bei der Ständeratsersatzwahl bürger-lich, also Bourgeois.

Paul Zbinden, Freiburg